

Mieterbeirat Frankfurter Allee Süd
Mieterbeirat Anton Saefkow, Fennpfuhl
Mietervertretung Wohnkomplex Lange Str., Berlin Friedrichshain

Frau
Barbara Hendricks
Bundesministerin für Umwelt,
Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit
Stresemannstraße 128
10117 Berlin

Bundesmietrecht

Berlin, 20.03.2014

Sehr geehrte Frau Ministerin,

in Kenntnis der im Koalitionsvertrag zum Thema Wohnen und Mietrecht getroffenen Festlegungen, haben wir - Berliner Mieterbeiräte - in dem an Sie gerichteten Schreiben vom 02. Januar 2014 auf Probleme des gültigen Bundesmietrechts aufmerksam gemacht. Zugleich haben wir Interesse und Bereitschaft bekundet, unsere Erfahrungen aus der Tätigkeit an der Basis unserer Gesellschaft bei der Präzisierung mietrechtlicher Fragen einzubringen.

Für die von Frau Pia Burger unterzeichnete Antwort vom 19.02.2014 bedanken wir uns. Leider können wir nicht erkennen, durch wen und in welcher Eigenschaft bzw. in welcher Funktion Frau Burger mit dem Antwortbrief betraut wurde. Die nochmalige Erklärung uns bekannter Fakten durch Frau Burger ist für uns ebenso unbefriedigend wie der Verweis auf das Ministerium der Justiz und für Verbraucherschutz. Wir gehen nach wie vor davon aus, dass die fachliche Zuständigkeit für den Wohnungsbau, aber auch für Wohnen und Mieten, in Ihrem Ministerium liegt und der Minister der Justiz und für Verbraucherschutz lediglich die Federführung für die angekündigte Mietrechtsnovelle hat. Diese doppelte Zuständigkeit sollte nicht zu unnützen Verzögerungen bei der Regelung der die Bürger unseres Landes bedrückenden Fragen des bezahlbaren Wohnens und der Mietenentwicklung führen. Im Sinne demokratischer Mitwirkung halten wir es für angemessen, dass fachlich kompetente Mitarbeiter eines Ministeriums bei der Lösung anstehender Probleme, die gravierend Bürgerinteressen betreffen, nicht nur mit zentralen Verbänden und Institutionen zusammenarbeiten, sondern bewusst auch Meinungen aus der unmittelbaren Praxis einholen.

Nach einer Presseinformation des Ministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz soll diese Novellierung des Wohn- und Mietrechts bereits im Sommer 2014 erfolgen. Es wäre deshalb sinnvoll, wenn im April/Mai 2014 die in unserem Schreiben vom 02. Januar 2014 aufgeführten Probleme in einem Gespräch mit kompetenten Vertretern der zuständigen Fachabteilung Ihres Ministeriums, wenn zweckdienlich auch unter Teilnahme von Vertretern des Ministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz, erörtert werden könnten. Wir bitten Sie, ein solches Vorhaben zu unterstützen.

Mit freundlichen Grüßen

Frank Mißbach

Prof. Dr. Wolfgang Triebel

Dr. Anna-Marie Czihak

Mieterbeirat

Mietervertretung

Hans Joachim Scholz

Frankfurter Allee Süd

Wohnkomplex Lange Str., Friedrichshain

Mieterbeirat

Anton Saefkow

P.S.:

1. Das vorliegende Schreiben wird inhaltlich von allen Mieterbeiräten getragen, die auch dem Schreiben vom 02.01.2012 zugestimmt hatten.
2. Jeweils eine Kopie des Gesamtvorgangs (Schreiben v. 02.01.2012, Antwort v. 19.02.2014 und das heutige Schreiben) werden dem Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz sowie dem Deutschen Mieterbund zugeleitet.